

Medienmitteilung

Bundesrat präsentiert Vorschläge zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

BDP will Nägel mit Köpfen: Rasche Volksabstimmung ist jetzt nötiger denn je

Für die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP sind der heute vom Bundesrat präsentierte Gesetzesentwurf und das Verhandlungsmandat nicht zielführend. Wenn der Bundesrat auch weiterhin nicht vom Fleck kommt, dann wird er sich nie in nützlicher Frist mit der EU einigen können. Für die BDP ist klar, dass das Schweizerische Stimmvolk sobald wie möglich über das Verhältnis zu Europa abstimmen muss. Die BDP hat bereits in der Herbstsession eine entsprechende [Parlamentarische Initiative](#) eingereicht. Nur so kann dem Volksentscheid vom Februar 2014 Rechnung getragen werden, ohne die Bilateralen zu beerdigen und die Schweiz zu isolieren. Zudem ist die BDP überzeugt, dass die Förderung inländischer Arbeitskräfte das zentrale Mittel ist, um den Volkswillen umzusetzen und die Zuwanderung begrenzen zu können.

Für die BDP ist nicht nachvollziehbar, warum sich der Bundesrat in diesem Wettlauf mit der Zeit dermassen zögerlich zeigt. Der Bundesrat wird sich so mit der EU in nützlicher Frist nicht einigen können. Der von der BDP mit der Parlamentarischen Initiative aufgezeigte Weg drängt sich deshalb immer mehr auf, wenn die schädliche Unsicherheit nicht noch weiter geschürt werden soll. Die Weiterführung der Bilateralen ist aber zentral für unsere Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand. Die Parlamentarische Initiative der BDP verlangt, dass parallel zu den Verhandlungen des Bundesrats mit der EU und parallel zum innenpolitischen Gesetzgebungsprozess die verfassungsmässige Verankerung der Vertragsbeziehungen mit der EU vorzubereiten und dem Souverän vorzulegen ist. Damit wird das Verhältnis zu Europa langfristig geklärt und die damit verbundene Unsicherheit eliminiert werden. Nur mit einer solchen Doppelstrategie wird es möglich sein den Zeitplan einzuhalten.

Für die BDP ist eine konsequente Förderung des inländischen Arbeitspotentials dringend nötig. Sie kann deshalb absolut nicht nachvollziehen, warum der Bundesrat diese nur als Begleitmassnahmen bezeichnet. Weitere Gutachten und Sondierungsarbeiten sind unnötig, es müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden, und zwar jetzt und ziemlich bald. Die BDP hat in Bezug auf den Fachkräftemangel bereits mehrere [Vorstösse](#) eingereicht, die endlich eine gesetzliche Änderung zur Förderung inländischer Arbeitskräfte bringt und damit die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften reduziert. Im Mittelpunkt stehen die Beschäftigung von weiblichen und älteren Arbeitskräften sowie eine Anpassung der Bildungspolitik. Zudem fordert die BDP zusätzliche Sofortmassnahmen und ein Koordinationsgremium. Mit jeder weiteren Verzögerung wird die Unsicherheit grösser und damit unsere Wirtschaft geschwächt.

Für die BDP absolut unverständlich ist auch die Tatsache, dass der Bundesrat mit dieser Vorlage nicht aufzeigt, was bei einer Auflösung der bilateralen Verträge die tatsächlichen Konsequenzen sind.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

11.02.2015